



Amtssigniert: SID2013101086504
Informationen unter: amtssignatur.tirol.gv.at

Amt der Tiroler Landesregierung

Verfassungsdienst

Dr. Peter Christ

An die
Energie-Control Austria
für die Regulierung der Elektrizitäts- und
Erdgaswirtschaft

Telefon 0512/508-2209
Fax 0512/508-742205
verfassungsdienst@tirol.gv.at

DVR:0059463

stromkennzeichnung@e-control.at

Entwurf einer Verordnung des Vorstands der E-Control, mit der die Verordnung der E-Control über die Regelungen zur Stromkennzeichnung und zur Ausweisung der Herkunft nach Primärenergieträgern (Stromkennzeichnungsverordnung, SKV) geändert wird (Stromkennzeichnungs-Novelle 2013, SKV-Novelle 2013);

Stellungnahme

Geschäftszahl VD-1146/724-2013

Innsbruck, 28.10.2013

Zum oben angeführten Verordnungsentwurf wird aus der Sicht des Landes Tirol folgende Stellungnahme abgegeben:

1. Allgemeines:

Mit der Novelle BGBl I. Nr. 174/2013 wurde im Elektrizitätswirtschafts- und –organisationsgesetz 2010 (EIWOG 2010) u.a. die Bestimmung des § 79a neu eingefügt, mit der eine spezifische Regelung für die Stromkennzeichnung für jene Strommengen geschaffen wird, die an Pumpspeicherkraftwerke geliefert wird. Basierend auf dieser Bestimmung soll nun die Stromkennzeichnungsverordnung geändert werden.

Da die Landesregierung Niederösterreich in ihrer Stellungnahme vom 23. Oktober 2013, Zl. LAD1-VD-17661/083-2013, sehr umfassend, präzise und treffend die Auswirkungen der geplanten Änderung der Stromkennzeichnungsverordnung beschrieben hat, wird auf diese Stellungnahme verwiesen.

Aus ha. Sicht ist besonders darauf hinzuweisen, dass:

- die neuen Bestimmungen teilweise keine gesetzliche Deckung im EIWOG 2010 aufweisen,
- aufgrund einer monatlichen statt einer jährlichen Kennzeichnungspflicht ein erhöhter Aufwand für die Betreiber eintritt,
- kein Mehrwert für die Kunden generiert werden kann,
- der Fortbestand erfolgreicher Geschäftsmodelle gefährdet wird und
- kein Plus in punkto Transparenz erzielt werden kann.

2. Zu den Bestimmungen im Einzelnen:

Zu Z. 8 (§ 8a):

Mit dieser Novellierungsanordnung wird eine Bestimmung betreffend Nachweise für die Erzeugung elektrischer Energie durch Pumpspeicherkraftwerke neu eingefügt.

Dieser neu eingefügte § 8a sieht in seinem Abs. 1 eine monatliche Nachweispflicht vor. Die genannte Bestimmung beruht auf § 79a EIWOG 2010, welcher seinerseits mit der Novelle BGBl. I Nr. 174/2013 neu eingefügt wurde und die verpflichtende Stromkennzeichnung für jene Strommengen regelt, die an Pumpspeicherkraftwerke abgegeben wird.

§ 79a Abs. 2 lautet: „In Abweichung von Abs. 1, § 78 und § 79 gilt, dass für jene Strommengen, die an Pumpspeicherkraftwerke geliefert werden, Nachweise durch den Stromhändler bzw. sonstigen Lieferanten dem Betreiber dieser Kraftwerke in der automationsunterstützten Registerbank zu übertragen sind. Dabei sind im Verhältnis zur Herkunft des Stroms 25 % der Nachweise zu löschen.“

Die Abweichung gegenüber §§ 78 und 79 besteht in der Art der Übertragung (automationsunterstützte Registerbank) sowie in der Löschung von 25 % der Nachweise. Im Übrigen gelten jedoch die Regelungen der §§ 78 und 79, und insofern insbesondere auch die jährliche Nachweispflicht, uneingeschränkt. Aufgrund des § 8a Abs. 1 des vorliegenden Verordnungsentwurfs soll eine Meldung jedoch nicht jährlich, sondern monatlich („bis zum Monatsletzten des Folgemonats“) erfolgen. Dieser strengeren Nachweispflicht fehlt die gesetzliche Grundlage.

Die unmittelbare Folge dieser gesetzlich nicht gedeckten Bestimmung wäre ein erhöhter Aufwand sowohl für die Stromlieferanten und Netzbetreiber als auch für die Betreiber der Pumpspeicherkraftwerke. Zudem ist dabei zu berücksichtigen, dass Stromlieferanten in Deutschland nur jährliche Nachweise liefern müssen. Somit besteht in Deutschland keine rechtliche Verpflichtung, diese Meldepflicht umzusetzen. Diese Meldepflicht könnte erfolgreiche Geschäftsmodelle gefährden, zumal die „freiwillige“ (ohne gesetzliche Grundlage) monatliche Nachweispflicht mit erheblichen Kosten (Zertifizierung der monatlichen Kennzeichnungen) verbunden ist.

Ein Mehrwert für den Endkunden sowie ein Plus an Transparenz kann eine monatliche Kennzeichnungspflicht nicht leisten.

Der Abs. 5 des § 8a des vorliegenden Verordnungsentwurfs sieht eine Evaluierung der Wirkungsgrade der Pumpspeicherkraftwerke vor, um in weiterer Folge bei Abweichungen des angenommenen Wirkungsgrades Ausgleichsmöglichkeiten über eigene Konten zu schaffen. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Bestimmung der gesetzlichen Regelung des § 79a Abs. 2 EIWOG 2010 eindeutig widerspricht.

3. Fazit:

Dem Verordnungsentwurf fehlt zumindest hinsichtlich der unter Punkt 2. genannten Bestimmungen die gesetzliche Grundlage. Zudem würden die beabsichtigten Änderungen zu nicht unerheblichen zusätzlichen Aufwänden und Kosten führen, ohne einen Mehrwert für den Kunden zu generieren.

Mit freundlichen Grüßen
Für die Landesregierung:

Dr. Liener
Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ Landesregierung zu Zl. VSt-1776/301 vom 7. Oktober 2013

vst@vst.gv.at

zur gefälligen Kenntnisnahme übersandt.

Für die Landesregierung:

Dr. Liener
Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An die

Abteilungen

Emissionen Sicherheitstechnik Anlagen

Finanzen

Wasser-, Forst- und Energierecht zum Schreiben vom 25. Oktober 2013, Zl. IIIa1-E-10.004/36

den Energiebeauftragten

im Hause

zur gefälligen Kenntnisnahme übersandt.